

Der Gewerksverein ⁷

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungskämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Druckband 1 Mk. 25 Pf. — Die Wohnstätten für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Gemein角度ang. 15 Pf., Vereinsangelegen. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Verbands-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dunder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsdirektor Rudolf Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, einzuwenden sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 25 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 2.

Berlin, 12. Januar 1906.

achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Berliner Handelskammer über die Lohnkämpfe. — Revolutionsromantik. — Betrachtungen eines Unternehmerführers über das Jahr 1905. — Wochenchau. — Feuilleton. — Tätigkeitsberichte. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Angelegen-Zeit.

A Die Berliner Handelskammer über die Lohnkämpfe.

Die Jahresrückchau der Berliner Handelskammer beschäftigt sich sehr eingehend mit den Lohnkämpfen in Berlin. Die von ihr vertretenen Anschauungen verdienen indes in der Arbeiterschaft von ganz Deutschland bekannt zu werden, weil sie ruhig und auch leidlich objektiv gehalten sind. So objektiv natürlich, wie es in dem Bericht einer Unternehmercorporation überhaupt nur möglich ist. Etwas Einseitigkeit kann man da schon in den Kauf nehmen.

Die Handelskammer führt die lebhaften Kämpfe letzten Jahres zurück auf den regen Geschäftsgang, den Arbeitermangel und die steigenden Preise der Erzeugnisse, die von den Arbeitern — wenn auch häufig in Unkenntnis der Entstehungskosten „mit Unrecht“ — als steigende Erträge der Betriebe gedeutet worden seien. So habe sich der Arbeiterschaft die allgemeine Überzeugung bemächtigt, daß die Zeit für die Erlangung höherer Löhne günstig sei und die Lenkung der Lebensmittel habe ihnen zugleich die Forderung auf Lohnverbesserungen besonders berechtigt erscheinen lassen. Hier hätte hinzugefügt werden dürfen „mit Recht!“

Ein sehr großer, wenn nicht der größte Teil der Kämpfe, habe sich unter der Oberfläche abgespielt, indem zwischen Arbeitgebern und Arbeitern des einzelnen Betriebes verhandelt und eine Einigung erzielt worden sei, ohne daß es erst zu einer Arbeitsniederlegung gekommen.

In vielen Fällen kam es aber auch zum Streik, bei dem sich dann, wohl organisiert, die Arbeiter auf der einen, die Arbeitgeber auf der anderen Seite gegenüberstanden „und mit sorgfältig berechneter Taktik um den Sieg stritten.“

Der Bericht erinnert sodann an die größeren Kämpfe des Vorjahres und hebt unter ihnen die Arbeitskämpfe in der Elektrizitäts- und in der Wäscheindustrie besonders hervor.

Die positiven Schädigungen, welche diese Ausfälle den Gewerben brachten, verteilten sich nicht gleichmäßig auf die letzteren. Während das Stilllegen des Betriebes für manche Unternehmungen einen Verlust in sich schloß, der nach Wiederaufnahme der Arbeit nicht mehr einzubringen war, bedeutete für andere Etablissements die unwillkürliche Ruhe nur einen Aufschub in der Erledigung des nicht oder wenig geschmälernten Arbeitspensums. Unpünktlich aber war für alle Betriebe eine Wirkung: die Unsicherheit, die in die gewöhnliche Tätigkeit getragen wurde und deren Entfallung lähmt.“

Die mit der Arbeitskämpfe verknüpften Lohnausfälle in einer Zeit steigender Lebensmittelpreise haben für die Arbeiter die Schwierigkeiten der Situation verschärft. Die auf die Rundschau der Arbeiter angewiesenen Geschäftskreise, welche Nahrungsmittel, Kleidung und Bedarfsartikel aller Art führen, hatten einen merklichen Minderabsatz infolge der Lohnausfälle der Ausführenden zu verzeichnen.

Der hervorsteckendste Zug der Ausnahmeseite des Berichtsjahres sei die scharfe Betonung des Solidaritätsinteresses, bei den Arbeitern wie bei den Arbeitgebern, gewesen. Die großen Kämpfe seien auf dem Gesamtgebiete des Gewerbes, ja nicht selten mehrerer verwandter Gewerbe ausgefochten worden.

„An den ersten Streik gliedern sich Sympathiestreiks, der Kreis der von den Unternehmern verfügten Aussperrung wird über Erwarten groß, die ursprünglichen Forderungen der Streikenden treten zurück, der Kampf wird zur Kraftprobe, die Lohnfrage zur Machtfrage . . .“

Die großen Aussperrungen, die im Berichtsjahre stattgefunden, waren eine Folge von partiellen Streiks. Die Aussperrung in der Elektrizitätsindustrie, die über 80000 Arbeiter umfaßte, wurde durch den Streik von etwa 500 Schraubendrehern und Lagerarbeitern, eines zwar an Zahl geringen, aber für die Fortführung des Betriebes nicht entbehrlichen Personals, herbeigeführt, und ebenso sahen sich die Unternehmer der Wäscheindustrie durch den Umstand, daß 800 Zusatzebeiter in den Streik eingetreten waren, vor die Frage gestellt, ob sie ihre sämtlichen Betriebe, in denen 15000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt sind, zum Stillstand bringen sollten. Angesichts solcher Vorgänge die Arbeitgeber mit dem Vorwurfe zu belasten, daß sie aus geringfügigen Anlässen den sozialen Frieden brächen, wäre durchaus ungerichtet; ein partieller Streik, der seine Wirkung gleichwohl auf den Gesamtbetrieb erstreckt, ist für die Arbeitnehmer das bequemste, am wenigsten kostspielige Mittel, die Position der Arbeitgeber zu schwächen, und gewinnt dadurch eine über die Zahl seiner Teilnehmer hinausgehende Bedeutung. Die Unterbrechung der Arbeit stellt sich somit nicht als eine spontane Maßregel der Arbeitgeber, sondern als notwendige Folge des Vorgehens der Arbeitnehmer dar.“

Die Arbeiter hätten aber den Grundsatz der Solidarität in einer Beziehung offen verleugnet. Im Elektrizitätsstreik sei die Entscheidung über das Wohl und Wehe der gesamten Arbeiterschaft dem Belieben einer winzigen Minorität überlassen worden. Es sei geradezu eine Ungeheuerlichkeit, daß etwa 500 streikende Schraubendreher und Lagerarbeiter in ihren Versammlungen darüber abzustimmen gehabt hätten, ob eine die ganze Metallindustrie umfassende Arbeitsruhe, von der mehr als 60000 Arbeiter betroffen wären, eintreten oder nicht eintreten solle. Eine Arbeiterorganisation, die das Interesse der Arbeiterschaft nicht aus den Fesseln der Willkür einzelner zu lösen vermöge, werde zu einem Zerrbilde.

Eine der Hauptbeschwerden der Arbeiter bestehe darin, daß in „einzelnen Fällen“ die Arbeitgeber sich weigerten, die Organisationen der Arbeitnehmer anzuerkennen und mit ihnen zwecks Beilegung von Lohnunterschieden u. s. w. zu verhandeln; ein derartiges Zugeständnis der Arbeitgeber wäre im Berichtsjahre ohne besondere Bedeutung geblieben, da die Arbeiterorganisation des entscheidenden Einflusses auf ihre Glieder erlangte.“

Mit Nachdruck erklärt der Bericht, daß die tiefgehenden Schädigungen, welche die Arbeitseinstellungen beiden Parteien in jedem Falle verursachen, in Zukunft zu verhüten ein Ziel sei, dessen Erreichung große Opfer lohne! Diesem Ziel nahe zu kommen, diene auch der Abschluß von Tarifverträgen. In einer Anzahl von Gewerben fehlten aber die Voraussetzungen für feste Abmachungen, insbesondere so lange den zu vereinbarenden Minimallohnen nicht auch Minimalleistungen gegenüber gestellt würden. Das Verständigungsmittel des Tarifvertrages sei gewiß wichtig, seiner generellen Anwendung ständen aber praktische Hindernisse entgegen, über die auch das Entgegenkommen der Arbeitgeber nicht hinweghelfen vermöge. Es komme aber überhaupt nicht auf das Mittel zur Verständigung, sondern allein auf die Verständigung selbst an. Wäre diese Erkenntnis im Berichtsjahre Gemeingut gewesen, so

...er Abhaltung der Erscheinungen. Sodann fand die Neuwahl des ...
 ...hat und hierauf der Vortrag des Kollegen ...
 ...zur Sprache gebracht und beschlossen, in nächster Zeit
 ...ammlung abzuhalten, um zunächst einen festeren Zusammen-
 ...schick ... Arbeiterschaft herbeizuführen. Es wurden folgende
 ...neue Mitglieder aufgenommen und hierauf die Ver-
 ...ammlung 1/2 Uhr geschlossen. R. Krügel, Schriftführer.

Verbands-Zeitung.

Veranstaltungen.
West-Disziplinar-Klub der Deutschen Gewerkschaften (D.-T.).
 Sitzung am Mittwoch, ab. 8 1/2 - 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der
 Leichter Gewerkschaft, NO., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets
 willkommen. Am 10. Januar Vortrag des Generalsekretärs Winter: „Das
 Recht auf Arbeit“. — **Länderklub der Deutschen Gewerkschaften (D.-T.).**
 am Donnerstag, ab. 9 - 11 Uhr, Abendstunde im Verbandshaus
 der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen.
Genossenschaft 6. Januar. Maschinenbau und Metallarbeiter I.
 ab. 8 - 10 1/2 Uhr, abend. Bericht 79 bei Böldin. 8. Ia Brunnenstr. 119
 bei Lehmann. — **Maschinenbau und Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr
 bei Boer. — **Maschinenbau und Metallarbeiter V.** Ab. 8 1/2 Uhr, Rottb. Str. 4a. I.-D.: Protokoll
 der Besprechung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter VI.** Ab. 8 1/2 Uhr, Rottb. Str. 4a. I.-D.: Protokoll
 der Besprechung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr, Rottb. Str. 4a. I.-D.: Protokoll
 der Besprechung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr, Rottb. Str. 4a. I.-D.: Protokoll
 der Besprechung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr, Rottb. Str. 4a. I.-D.: Protokoll
 der Besprechung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr, Rottb. Str. 4a. I.-D.: Protokoll
 der Besprechung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr, Rottb. Str. 4a. I.-D.: Protokoll
 der Besprechung.

Erntemitteln, Restaurant „Neue Welt“, I.-D. Hof. — **Dortmund (Orts-
 verband).** Sonntag, 14. Januar, nachm. 4 Uhr, Ausschuss-Sitzung mit
 Vertretern beim Wirt Rasper Ripper, Heilige Gartenstraße, I.-D.: Ausschuss-
 wahl. — **Waldheim (Ruhre) (Ortsverband).** Sonntag, 14. Januar, nachm.
 5 Uhr, Vertreter-Sitzung (alte und neue). I.-D.: Jahresbericht. Vorstand-
 wahl u. a. Zahlreiches Erscheinen ist dringend geboten. — **Katzen (Orts-
 verband).** Sonntag, 14. Januar, nachm. 4 Uhr, im Herzogl. Schlosssaal
 Ortsverbandversammlung. — **Ober-Renngebiets (Ortsverband).** Son-
 tag, 14. Januar, nachm. 1 Uhr, Ausschuss-Sitzung; um 4 Uhr öffentliche
 Ortsverbandversammlung bei Gastwirt Wlethoff, Altenbunden. Die Versammlung
 findet nicht, wie in voriger Nummer des „Gewerkschaft“ angegeben, am 7.
 sondern am 14. Januar statt. — **Sachsen (Ortsverband).** Sonntag,
 7. Januar, vorm. 10 Uhr, Vertreter-Sitzung im Restaurant „Zum Adler“
 Kaiserstraße.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
 Berlin (Fabrik- und Handarbeiter I.). K. Stibba, Schriftführer,
 Holmannstr. 2, vorn I.
 Bitterfeld (Edler und Aegler). Karl Boock, Vorsitzender,
 Deffauerstraße 16a. Franz Westphal, Kassierer, Gartenstraße 2.
 Ferdinand Bepel, Schriftführer, Bismarckstr. 6.
 Düsseldorf (Grupp. Urufe u. Vater). Carl Sagermann, Schriftf.,
 Düsseldorf, Schinkelstr. 44.

Storbefehl.
 Bobbau (Fabrik- und Handarbeiter). August Schröder, geboren
 am 8. 12. 1868; gest. 14. 12. 1905; frank. 6 Tage.

Literatur.
 Von der neuen Zeitschrift des Deutschen Vereins für Kunstgewerbe
 „Die Werkstatt“ (Jährl. Bezugspreis für 24 Hefte 10 Mk.) sind jetzt
 im Verlag von Otto Salle in Berlin W. Heft 4 und 5 erschienen, die
 an größeren Beiträgen wertvolle Artikel über geistliche Handarbeiten (Hösel),
 neue Dampfer (von dem Berg), das kunstgewerbliche Erzeugnis als Gegen-
 stand des Urheberrechts (H. Osterrieth), Kultur und Bauordnung (Aug.
 Endel), Vom praktischen Möbel (J. A. Eur), Der Friedhof, unsere Rünzen,
 aus München. Eine Fülle von interessantem Material bieten die ständigen
 Rubriken: Kunst im Hause, Kunst der Werkstatt, Kunst auf der Straße, Aus-
 stellungen, Wettbewerbe, Kunst auf der Bühne, Vom Markt, Bildungsreisen,
 Gartenkunst, Kunst im Leben, aus dem Vereine, Berliner Kunstsalons, Denk-
 malpflege u. s. w. An begabten Künstlerinnen finden sich vor: Säger-
 griff von Eisenstein und Gold (Morawe), Nadelmalerei (Hösel), Grabstein
 (Wöhling und Stöckling), stehender Jüngling (Heyne). Die reichhaltige Bei-
 schriften sei der Beachtung aller Kunstfreunde, Künstler und Kunsthandwerker
 bestens empfohlen.

Anzeigen-Zeitung.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verleihen Sie kostenfrei prospekt über **Handwerker-Lebens-Versicherung.** Tüchtige Vertreter werden
 allerorts angestellt. **Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart auf Gegenseitigkeit.**

Der Gewerkverein
 Jahrgang 1905
 aus einem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und
 Vereinsbibliotheken
3,50, sonst 6 Mark.
 N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
 Verbandsbureau:
 Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.
 Entsendungen nur an Verbandsbureau:
 R. Klein,
 Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Wassersägerei
 Aerschlagerei, Holzbrand-
 maseter liefert am billigsten
 sämtl. Werkz., Borl., Holz u.
 3. Prendel, Markhof 85 Pfalz-
 Reich, über 2000 Abtlidg. geg.
 Katalog 40 Pfg. in Briefen. Pko.
 — **Wassersägerei**
 per qm von 1 Mark an.

Die Arbeiterberufsvereine
 und die
 Parteipolitik.
 Der Leitartikel aus Nr. 5 des
 „Gewerkschaft“ ist als Broschüre
 erschienen, die auf Wunsch in
 jeder Anzahl für die Agitation
 gratis zur Verfügung steht.
 Das Verbandsbureau,
 Berlin N.O.,
 Greifswalderstr. 221/23.

Patentbureau
 Paul Hayes, Ingenieur
 Halle a. S.
 Patentanmeldung einschl.
 • • • Prätungsgebühr M. 65.
 Gebrauchsmodellanmeldung
 einschl. 8 jähriger Gebühr M. 80
 Verwertung guter Schutzrechte
 wird mit Erfolg durchgeführt.

Kpsida (Ortsverb.). Durchreisende
 Gewerkschafter erhalten 50 Pfg. Unter-
 stützung d. Verbandskollegen D. Wegel,
 Jägerstr. 42.

Lauban (Ortsverband). Durch-
 reisende Genossen erhalten Unterstützung
 und gibt Herbergstätten aus August
 Knoke, Lauban, Neupfer Raumb-
 burgerstr. 11.

Hannover (Ortsverband). Durch-
 reisende Kollegen erhalten Herberg-
 stätten gratis bei Carl Hebel,
 Gerhartdstraße 1 IV.

Hirna (Ortsverband). Durchreisende
 Genossen erhalten 50 Pfg. Unterstützung
 bei A. Zille, Waldstr. 6.

Obervergeblirger Ortsverband.
 Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg.
 Reiseunterstützung in Scheibenberg
 beim Kol. Karl Köhler, Schich-
 hausstr. und in Buchholz (Häsel) bei
 Kol. Max Klein, Eisenstr. 8.

Centralrat der Deutschen Gewerkschaften
 (Hilfs-Bünder).
II. Volkswirtschaftlicher Abend.
 Mittwoch, 10. Januar 1906, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal
 des Verbandshauses,
 Vortrag des Herrn Dr. Börsberg über **Wohnungsfrage und Wohnungs-
 reform in England.**
 Wir laden daher alle Verbandsgenossen und Genossinnen freundlich-
 ein, recht zahlreich und pünktlich erscheinen zu wollen.
 Das Bureau des Centralrats.

Verbandsbureau: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. — Druck u. Verlag: Spede & Galline, Berlin W., Potsdamerstr. 118.

Und Bernstein? Er schreibt im Januarheft des „Sozialistischen Monatshefte“:

Es soll mich wenig kümmern, daß nunmehr, wo die Sache (des Generalstreiks) populär geworden ist, Leute sogar ein Patent auf sie in Anspruch nehmen, die noch vor gar nicht langer Zeit entweder sie rühmend bekämpften oder sie nur in ganz unpossibler Gestalt gelten ließen, die praktisch ihre Vertagung ad calendas graecas bedeutete. Man darf sich die Freude über befehlige Unzulänge nicht dadurch beeinträchtigen lassen, daß einige der Streikführer sich nun als die Auserwählten unter den Berufenen gebären.

Der „Vorwärts“ hingegen erwidert hierauf:

Der Artikel Bernsteins beweist nicht nur, wie man im schroffen Widerspruch mit den Tatsachen über missielige Genossen die lächerlichsten Aussagen zu verbreiten sucht, sondern er best auch die Abgeschmacktheit der Behauptung auf, daß es die Radikalen seien, die es nicht unterlassen könnten, die friedliebenden, allezeit lokalen Revisionisten anzugreifen und zu verächtlichen. Gerade umgekehrt liegen die Dinge.

Der Bernsteinsche Artikel, der dem radikalisierten „Vorwärts“ so schwer im Magen liegt, ist nach mehr als in einer Hinsicht lehrreich. Bernstein legt seinen Ausführungen die am 23. November 1905 im „Hamburger Echo“ erschienene, gegen den „Vorwärts“ gerichtete Erklärung der Revisionisten Elm, Frohne und Besche zu Grunde. In der Erklärung war gegen die verderbliche Revolutionsromantik der neuen Richtung protestiert worden, die jeden, der ihre Revolutionsromantik nicht mitmache, als Flaummacher, als Revisionist, als Verhöhnner des revolutionären Geistes in der Partei, als Antisozialist verächtliche. Den Vertretern der neuen Richtung gelte alle gewerkschaftliche Arbeit nur als Sippstuhlarbeit (unzulose Arbeit). Sie sprächen von der Ideen Kreuzzüge des Parlamentarismus, von den kleinen Gesichtspunkten des täglichen Ringens, des parlamentarischen Sumpfes.

Der Bernsteinsche Artikel bildet nun gewissermaßen einen Kommentar zu der Erklärung der Hamburger, die indirekt durch einen in Hamburg gehaltenen Vortrag der Frau Rosa Luxemburg über den politischen Streik provoziert worden war.

Bernstein bemerkt in bezug auf Rosa Luxemburg:

Man muß nun Rosa Luxemburg soviel zugeben, daß sie sich so, wie in Hamburg schon seit Jahr und Tag über diese Dinge geäußert hat. Bisher konnte jedoch die absolute Wirkungslosigkeit ihrer Ausführungen auf die Propaganda der deutschen Sozialdemokratie als ein genügender Grund angesehen werden, ihnen keine besondere Bedeutung beizulegen. . . . Nachdem aber Rosa Luxemburg bevorrechtigte Mitarbeiterin (soll heißen: Mitarbeiterin) des Zentralorgans der Partei geworden ist und außerhalb gehaltenen Reden stets mit besonderer Ausführlichkeit wiedererzieht, ist die Situation allerdings eine andere geworden. Jetzt muß es in weiteren Kreisen den Anschein gewinnen, als spräche die genannte Genossin nicht lediglich als Privatperson, sondern als besonders autorisierte Vertreterin der Partei. . . . Zu nachfolgenden werde ich mich indes nicht mit ihr im besonderen befassen — wen könnte es gelassen, mit Rosa Luxemburg irgendwie zu diskutieren, sondern im allgemeinen die in der Partei vielfach erörterte Frage zu beantworten versuchen, inwieweit die Vorgänge in Russland eine Anwendung auf Deutschland erlauben.

Bernstein kommt alsdann zu dem gegen die Nichtsozialisten selbstverständlichen Urteile, daß sich die Erfahrungen, die man mit dem politischen Streik in Russland gemacht hat, keinesfalls auf Deutschland übertragen lassen. In Deutschland würde das Bürgertum nicht wie in Russland mit dem Streikenden sympathisieren. In Deutschland sei auch der Staat seiner Beamten sicher, was in Russland nicht der Fall wäre. Dazu, um das nicht zu sehen, meint Bernstein, gehöre die Knechtschaft von Kindern oder die Leichtfertigkeit von Spielern.

Sehr richtig!

Aber dieser selbe Bernstein kommt schließlich am Ende seines Artikels doch noch zu dem Endresultat, einen politischen Streik zu empfehlen, wenn er nicht Revolution heißt, sondern nur einen starken Appell an die Gewissen und eine Aufrechterhaltung der schlafenden Rechtsempfindungen bedeutet.

Dieser letzte verständliche Versuch einer Ehrenrettung des politischen Streiks hat gerade jetzt recht wenig überzeugende Kraft, wo es den Russen gelungen ist, die russische Revolution trotz ihrer politischen Waffenstreiks unter Strömen von Blut zu ersticken.

In Deutschland bedarf die Arbeiterschaft des politischen Waffenstreiks nicht, um sich politische Rechte zu erkämpfen. Dazu bieten sich ihr viel ungefährlichere Waffen. Die Arbeiter brauchen in den reichsdeutschen Staaten, die ihr Wahlrecht verweigern, nur diejenigen bürgerlichen Parteien bei den Wahlen zu unterstützen, die allezeit ehrlich für den Ausbau des Wahlrechts gestritten haben. Hätte die Sozialdemokratie diese Taktik befolgt, so bestände die preussische wie sächsische Arbeiterschaft längst ein besseres Wahlrecht und hätte es jetzt nicht nötig, mit den Reimen auf den Straßen zu demonstrieren und sich mit den Schulheuten herumzuprügeln.

Die revolutionsromantischen Straßendemonstrationen sind das ungeeignetste Kampfmittel, das die Arbeiterschaft erwidern kann. Sie liefern lediglich Wasser auf die Mühlen der Flaummacher und werden eher Unheil als Gutes zur Folge haben.

So hat es unzählige Male schon die praktische Erfahrung gelehrt. Die Erfahrung aber ist die beste Lehrmeisterin!

4 Betrachtungen eines Unternehmerrührers über das Jahr 1905.

Der nationalliberale Parlamentarier und Führer des größten Unternehmerverbandes H. A. Bued stellt Betrachtungen an in der Deutschen Industriezeitung über die sozialpolitischen Vorgänge im abgelaufenen Jahr. Kennzeichnend für das Jahr 1905 sei die ungemessen starke, angreifende Ausstandsbewegung der Arbeiter. Sie sei fast ausnahmslos von den Gewerkschaften ausgegangen, und brüderlich in Haltung und den verfolgten Zielen seien die christlichen Gewerksvereine mit den Gewerkschaften der Sozialdemokratie zusammengegangen. Durch die christliche Flagge führten diese Gewerksvereine die öffentliche Meinung irre, und sie würden daher von vielen Arbeitgebern als die gefährlicheren erkannt. Im Ruhrrevier sei seit dem Ausstauhe von 1889 unablässig gehetzt worden; auch hierbei sei ein Unterschied zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Hezern nicht erkennbar gewesen. Die Wirkung dieser systematisch betriebenen Hetzerei sei im hohen Maße erstaunlich gewesen. Es sei gelungen, in den Arbeitern eine Bohnvorstellung zu erregen von „weit verbreiteten Mißständen“, die nach der amtlichen Feststellung entweder garnicht oder nur in sehr geringem Maße ganz vereinzelt vorhanden gewesen wären.

Die Arbeiter im Ruhrgebiet gehörten zu den bestbezahlten und trotzdem sei über „die elende, traurige Lage geklagt worden“. Die Hetzerei habe hauptsächlich die Ausbreitung der Organisationen bezweckt; die Bohnvorstellung aber habe zum Ausstauhe geführt, sehr gegen den Willen der Hezerei und Führer.

So beurteilt Herr Bued die Ursachen des großen Bergarbeiterkampfes vom vorigen Jahr. Einseitiger kann die Sache nicht gut dargestellt werden. Wären die Verhältnisse der Bergarbeiter im Ruhrgebiete so günstig, so würde es auch den sogenannten Hezern nicht möglich gewesen sein, den gewaltigen Kampf heraus zu beschwören. Die Führer der Bergarbeiter wünschten den Kampf nicht etwa deswegen verschoben, weil die Klagen der Bergarbeiter unberechtigt gewesen wären, sondern deswegen, weil die Zeit für einen erfolgreichen Kampf überaus ungünstig war.

Viel Demagogie in der Agitation ist den beiden genannten Organisationen allerdings eigen. Ob hier den christlichen oder den sozialdemokratischen Gewerkschaften der Preis zuerkennen ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Die demagogische Agitation ist allerdings die wirksamste. Unser Gewerksverein der Bergarbeiter ist deswegen auch in der Entwicklung zurückgeblieben, weil er eine ruhige und sachliche Agitation betrieb.

Im weiteren Verlauf seines Rückblicks beschäftigt sich Herr Bued mit dem Grafen von Posadowsky. Der Staatssekretär habe die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie und ihrer Bestrebungen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaftsleben vollkommen richtig erkannt, aber er wolle eine scharfe Scheidelinie ziehen zwischen der modernen und der sozialistischen Arbeiterbewegung. In dieser Beziehung habe Graf Posadowsky lebhaft geklagt, daß es noch immer Kreise gebe die in jeder Forderung der Arbeiter einfach sozialdemokratische Forderungen der Arbeiter erblickten. Dies trage wesentlich zur Stärkung der Sozialdemokratie bei.

Herr Bued will diesen unseres Erachtens berechtigten Vorwurf nicht gelten lassen. Es möge wohl sein, daß ein einzelner Arbeitgeber hier oder da derart engherzig und kurzfristig verfare; wirkliche Kreise von Arbeitgebern, die so groß und bedeutend sind, daß sie „öffentliche Beachtung verdienen“, und so handeln, wie Graf von Posadowsky meint, sind Herrn Bued nicht bekannt.

Diese Unkenntnis nimmt uns Wunder! War es denn nicht Kurzsichtigkeit, als der Bergbauische Verein jede Verhandlung mit der Siebener-Kommission ablehnte, obgleich dieselbe jede Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie ausdrücklich verneinte und energisch zur Ruhe und Besonnenheit mahnte? Sollte Herr Bued davon wirklich nichts wissen?

Zur Begründung seiner Anschauung weist Herr Bued auf die Rheinisch-Westfälische Eisen- und Stahl-Industrie hin; irgend welche Ausstände hätten in dieser nicht stattgefunden und dennoch gehörten ihre Arbeiter zu den bestbezahlten überhaupt. Ihre höheren Löhne und besseren sozialen Einrichtungen seien den Unternehmern nicht abgerungen worden von der Arbeiterbewegung, sondern in richtiger Würdigung fortschreitender Entwicklung der Verhältnisse freiwillig gegeben worden.

Massenausstände sind hier allerdings nicht vorgekommen, aber manches nicht gerade allzu kleine Geplänkel war doch zu vergehen, das wohl nicht so ganz ohne Einfluß geblieben sein dürfte auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in dieser Industrie. Jedenfalls kann nicht angenommen werden, daß die Industrien die Löhne freiwillig erhöht hätten, soweit es überhaupt tatsächlich geschehen ist, wenn nicht der wachsende Bedarf an Arbeitskräften naturgemäß eine Lohnsteigerung herbeigeführt hätte.

Schließlich erkennt Herr Bued aber doch noch an, daß Graf v. Posadowsky in gewissem Maße recht hat.

In den allermeisten Fällen werden in der Tat die Forderungen der Arbeiter wie sozialdemokratische Forderungen behandelt, und sie müssen so behandelt werden, weil die Sozialdemokratie jeder Bewegung der Arbeiter,

hätten die scharfen und gefährlichen Waffen der Arbeitseinstellung weniger Verwendung gefunden.

Die umfassenden Arbeitseinstellungen hätten fast immer damit geendet, daß die Arbeiter auf Grundlage der Zuständnisse, die ihnen schon vor Beginn des Streiks gemacht worden seien, schließlich den Frieden beschloßen. Die Kriegskosten hätten somit erspart werden können.

Zum Schluß erwartet der Bericht, daß die „zweckmäßige Gestaltung“ eines Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die Austragung von Lohnstreitigkeiten u. in mehr geordnete Bahnen lenken werde, es sei nur notwendig, die Organisationen zur Schadenersatzpflicht heranziehen zu können, damit die Reizung, ohne zwingende Gründe Arbeitsunterbrechungen herbeizuführen, gedämpft werde.

Wo die Anschauungen der Arbeitgeber von derselben Stimmung getragen werden, wie sie in diesem Berichte zum Ausdruck kommt, muß es möglich sein, bei Arbeitsdifferenzen im Verhandlungswege einen Ausgleich zu finden. Wir stimmen mit der Handelskammer darin vollkommen überein, daß die Erreichung solchen Ausgleichs große Opfer lohnt. Wenn die Arbeitgeber bereit sind, diese Opfer zu bringen durch ein angemessenes Entgegenkommen, dann wird auch die Arbeiterschaft in jedem gegebenen Falle bereit sein können, ihre Forderungen so zu modifizieren, daß der Kampf vermieden werden kann.

Die Tarifvereinbarung ist uns von großer Wichtigkeit, wir geben aber sehr gern zu, daß es weniger auf das Mittel der Verständigung, als auf die Verständigung selbst ankommt.

Nicht recht klar ist uns, in welchen Fällen die Handelskammer eine Schadenersatzpflicht der Organisation angewandt sehen will. Wenn eine solche Schadenersatzpflicht überhaupt den Organisationen auferlegt werden könnte durch das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, so wäre dies doch nur dann denkbar, wenn die Organisation den Streik erklärte, ohne vorher einen friedlichen Ausgleich versucht zu haben, bezw. da, wo die Arbeitsniederlegung ohne Innehaltung der vorgeschriebenen Kündigungszeit erfolgte. Letzteres käme für Berlin aber nicht in Betracht, da meist in allen Betrieben die Kündigung ausgeschlossen ist. Der Arbeiter kann zu jeder Zeit gehen und entlassen werden. So hat es die Mehrheit der Arbeiter selbst gewünscht.

Wenn der von einer Seite versuchte Ausgleich fehl schlägt, wird es natürlich auch in Zukunft zu Kämpfen kommen, eine Schadenersatzpflicht könnte aber dann unmöglich über die Organisationen verhängt werden. Die Handelskammer denkt wahrscheinlich an die im Genfer Kanton der Schweiz bestehende gesetzliche Zwangsvereinbarung. Will sie denn für den Bruch eines gezwungenen Uebereinkommens eine Schadenersatzpflicht konstruieren? Diese Frage kann jedenfalls nicht durch den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gelöst werden.

Ob die Herbeiführung einer Arbeitsunterbrechung aus zwingenden oder nichtzwingenden Gründen erfolgt ist, kann in jedem Falle nur sehr schwer festgestellt werden.

Etwas wird aber aller Voraussicht nach über die Schadenersatzpflicht in dem Gesetzentwurf in Vorschlag kommen, das geht schon aus den Artikeln der rechtsstehenden Presse hervor. Wir werden uns nach Bekanntwerden des Entwurfs dann ohnehin noch weiter damit zu beschäftigen haben.

× **Revolutionsromantik.**

Während die Gewerksvereine sicheren Schrittes in den ihnen von Max Hirsch vorgezeichneten Bahnen fortschreiten und, wenn leider auch viel zu langsam, aber doch stetig wachsen, taumeln die sozialdemokratischen Gewerkschaften wie herabstürzende Theorien umher. Man denke nur an die Rolle, die besonders gegenwärtig der Generalstreik in Gewerkschaften und Sozialdemokratie spielt.

Früher erfreute sich der proletarisch-klassenkampftheoretische Satz:

Alle Räder stehen still

Wenn dein starker Arm es will
gar keiner Wertschätzung seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Diese erklären: „Wenn die Sozialdemokratie so stark sei, um erfolgreich einen Generalstreik durchzuführen, dann bedürfte sie des Generalstreiks überhaupt nicht mehr, dann könne sie auch ohne Generalstreik die Macht des Staates an sich reißen.“

Und trotz des inzwischen erfolgten fatalen Ausgangs der belgischen und italienischen Generalstreiks, wurde jene geringschätzbare Beurteilung des Generalstreiks bald unmodern innerhalb der Sozialdemokratie. Generalstreik bedeutet jetzt nicht mehr Generalunfuh, sondern Generalweisheit. Wie rasch sich die sozialdemokratische Meinung über diesen Punkt geändert hat, dafür nur ein Beispiel. Vor noch nicht 4 Monaten ging Bebel mit Dr. Friedeberg, seinem anarchosozialistischen Parteigenossen und Apostel des Generalstreiks,

auf dem Jenaischen sozialdemokratischen Parteitag sächterlich ins Gericht. Er stellte ihm für später in Berlin eine Abrechnung in Aussicht, wobei ihm die Ohren klingen sollten. Bebel verglich die anarchosozialistische Begeisterung der Berliner sozialorganisierten Gewerkschaften mit den i. J. auch bald überwundenen Untrieden der „Jungen“ Berner, Wildberger und Konforten, die 1891 in Erfurt abgefaßt worden waren. Haben sich nun die Bebel'schen Drohungen verwirklicht?

Die sächterliche Abrechnung mit Dr. Friedeberg in Berlin ging aus wie das Hornberger Schießen. Dr. Friedeberg kann es sich als ein inzwischen sehr reichgewordener Mann leisten, Mitglied der sozialdemokratischen Partei zu bleiben, obgleich er sich als Anarchosozialist bezeichnet und tagein, tagaus in Deutschland umherreist, um für den anarchosozialistischen Generalstreik Propaganda zu machen und gegen den parlamentarischen „Kretinismus“ der Sozialdemokratie zu hetzen. Diese Disziplinlosigkeit wirkt bei der angeblichen Musterdisziplin innerhalb der Sozialdemokratie höchst belustigend. Wunderbarer Weise fand die Friedeberg'sche Agitation für den Generalstreik damals Unterstützung auf einer Seite, wo man sie nicht vermutet hatte. Verstein, der Vater des Revisionismus, sekundierte Herrn Friedeberg. Ob dabei unbewußt etwas revisionistische Demagogie im Spiele war? Ob die Revisionisten auf diese Weise den Radikalen den Wind aus den Segeln nehmen wollten? Wir lassen die Frage aus sich beziehen und formulieren bloß, daß sich zur Zeit die Radikalen zum politischen Massenstreik mit derselben Leidenschaft betheiligen, mit der sie vor kurzem Dr. Friedeberg's Generalstreik bekämpften. Daß die Anarchisten ihren Streik Generalstreik und die Sozialdemokraten ihren Streik politischen Massenstreik nennen, ist an sich belanglos und soll wohl bloß den Umfall bemerken.

Die Bekehrung der Radikalen zum politischen Massenstreik erfolgte unter dem Eindruck der sie anscheinend hypnotisierenden russischen Revolution. Seitdem nun aber die Radikalen den politischen Streik offen höherer, flaut die Liebe der Revisionisten für den Gegenstand ihrer ehemaligen Liebe erheblich ab. Sie können doch nicht dieselben Ideale mit den Radikalen haben — diesen Radikalen, die die revisionistischen Vorwärtsredakteure an die Luft gesetzt haben.

In diesem Sinne schreibt der Revisionist v. Elm in den letzten „Soz. Monatsheften“:

„Sozialdemokraten, die noch vor Jahresfrist den Generalstreik als Generalunfuh verhöhnten, halten diese ultimo ratio des Klassenkampfes jetzt für ein Kampfmittel von der wunderbarsten Wirkung. Sie schäufeln tüchtig auf den Zmaer Beschluß über den politischen Massenstreik und sie zurzeit augencheinlich erfolgreich bemüht, den Massen den parlamentarischen Kretinismus ebenso zu verzeihen, wie die durch hohe Beiträge viel zu kostspielige und gänzlich nutzlose Gewerkschaftsspielererei, und ihnen dafür die neue Taktik der direkten Aktion der Massen zu verfühnen, durch die man nicht nur, wie in Jena beschloßen, Wahl- und Koalitionsrecht schäufen will, sondern auch die Diktatur des Proletariats heute oder morgen zu erringen für möglich hält. Ist das etwa nicht utopistische Revolutionsromantik? Eine Erklärung dieser Erscheinung kann man vielleicht finden in dem Ritten und dem ganzen Charakter der Berliner Bevölkerung, in der die Macht der Phrase alles, von den Spitzen bis zum kleinsten Schutterjungen, Gemeindegewinn ist.“ Wenn auch jeder sich über die gepanzerte Faust des anderen lustig macht, heraufschlingt hoch, wenn man in Wort und Schrift der herrschenden Gesellschaft den Donner der Revolution um die Ohren sausen läßt. Wer da nicht mitschreit, ist — Revisionist oder verhöhnt, wie die neueste Phrase lautet, die Projektions des Proletariats.

Ohne Zweifel wäre auch diese künstlich aufgepuffte Revolutionsromantik dem Juche der Sächterlichkeit verfallen und schon wieder im Sande verlaufen, wenn ihr nicht das blutige Drama in Kujland zu Hilfe gekommen wäre. Es mutet einen an, wie eine Blaskhemie, wenn man da jetzt im „Vorwärts“ von der schönen Räte liek...

Vor vier Monaten in Jena war derselbe Herr v. Elm durchaus noch kein solcher Verdächtiger der Revolutionsromantik. Dort führte er, wie der „Vorwärts“ spottend seinagelt, folgendes aus:

Nun meint man, ohne Blutvergießen kann das nicht abgehen. Das ist ganz sicher. Wer das glaubt, daß die bürgerlichen Klassen, wenn sie uns das Wahlrecht nehmen, nicht zum äußersten entschloßen sind, der ist ein Narr, ein Tor. Sie sind auch entschloßen, zu schießen. Damit müssen wir rechnen. Wir wollen selbstverständlich kein Blut vergießen, aber die Gegner werden uns in die Situation treiben, und dann wird auch Bebel nicht wollen, daß wir still halten. Wenn es soweit kommt, werden wir unseren Mann stellen und unser Leben für die Freiheit in die Schanze schlagen. ... Ich habe mit Bebel manchmal die Ringe getrennt, aber im Geiste waren wir häufig einiger als er weis. Hier sind die Schranken zwischen Revisionisten und Radikalen gefallen. Wir können und dürfen uns den Raub der Volkrechte nicht gefallen lassen. Wenn ein solches Attentat kommt, dann müssen wir uns wehren, und dann gibt es kein anderes Mittel, als den Massenstreik zu organisieren.

Ein Bild unfreiwilliger Humors. Die Radikalen spotteten der Revisionisten und die Revisionisten spotteten der Radikalen. Beide sozialdemokratischen Seiten beschuldigen sich gegenseitig des Umfalls in der Generalstreikfrage.

*) Die schlechte Meinung von der Berliner Bevölkerung trifft wohl nur zu auf den sozialdemokratischen Teil derselben. Im übrigen denkt der Berliner sehr nüchtern und vernünftig. Natürlich verwahren sich auch die Berliner Zielbewußten gegen diesen Vorwurf. Herr v. Elm muß aber seine Seite kennen, denn ohne Grund konnte er seinen Vorwurf doch nicht erheben. Die Red. d. „Gewerks.“

„seinen Tabak“, erhöht werden soll. Und daß er dagegen mit aller Entschiedenheit Protest erhebt, ist sein gutes Recht und seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Uebrigens beweisen die Agrarier gerade in diesen Tagen wieder, daß sie lediglich Rechte oder vielmehr Vorrechte aller Art für sich beanspruchen, von der Erfüllung von Pflichten aber nichts wissen wollen. Das vielbesprochene Schulunterhaltungsgesetz, das demnächst seine zweite Lesung im preussischen Abgeordnetenhaus erleben wird, will auch den Herren Großgrundbesitzern einige Lasten auferlegen. Dagegen aber wehrt man sich mit Händen und Füßen. Hier von mangelndem Pflichtgefühl zu sprechen, das ist allerdings berechtigt!

Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins! Darum hat eine jüngst stattgefundene Versammlung der Gewerkschaftsvorstände von Hamburg eine Aufforderung an die Gewerkschafter gerichtet, daß sie es sich zur Pflicht machen, den sozialdemokratischen Vereinen beizutreten und eine rege Agitation für dieselben zu entfalten. Dieser Beschluß zeigt, daß die Hamburger Gewerkschaften vom Jenaer Parteitag nichts gelernt haben.

Im Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller sind eingehende Erörterungen gepflogen worden über die Frage, ob die Arbeitgeber-Organisationen mit den Organisationen der Arbeiter in Verhandlungen treten sollen. Die Angelegenheit hat den Vorstand mehrere Sitzungen hindurch beschäftigt. Die Arbeitgeber-Zeitung weiß nun zu berichten, daß sowohl im Gesamtverband, wie auch in den einzelnen Bezirksverbänden, in dieser Frage starke Meinungsverschiedenheiten bestehen. Von den beiden äußersten Richtungen will die eine grundsätzlich nur Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter zulassen, während die andere grundsätzlich Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber-Organisationen und Arbeiterorganisationen bevorzugen. Dazwischen bewege sich eine Reihe von Meinungen, die teils der einen, teils der anderen Richtung nahe stehen. Der Gesamtverband müsse unter diesen Umständen alle Meinungen für gleichberechtigt ansehen und es den Bezirksverbänden überlassen, in welcher Form sie verhandeln wollen. Der Vorstand genannten Verbandes wendet sich daher mit einem Rundschreiben an die Bezirksverbände und bittet diese, über alle bezüglichen Vorgänge Nachricht zu geben.

Für den Gesamtverband ist es aber wichtig, zu erfahren, wie die Bezirksverbände tatsächlich verhandelt haben in Fällen, wo Forderungen der Arbeiter an die einzelnen Firmen oder an die Bezirksverbände herangetragen sind. Es handelt sich dabei nicht um Forderungen einzelner Arbeiter, noch um Forderungen einzelner Gruppen von Arbeitern um eine Wohnaufbesserung, die von vornherein im guten Verhältnis zum Arbeitgeber gestellt worden sind, sondern um Forderungen, mit denen eine Streikandrohung offen oder versteckt verbunden war. Ueber Verhandlungen, die durch Streiks oder Ausperrungen hervorgerufen worden sind, ist ebenfalls zu berichten. Dabei sind alle Erörterungen über die prinzipielle Stellung des Bezirksverbandes zur Verhandlungsfrage tunlichst zu unterlassen, auch über die Streitfrage ist kein eingehender Bericht zu geben, dagegen ist aber über die Form, in der verhandelt worden ist, ein ganz ausführlicher Tatbericht zu erratten. Der Bericht wird für Anfang Januar 1906 erbeten, und zwar mit einem Bericht über die innerhalb des Bezirksverbandes im Jahre 1905 vorgenommenen Verhandlungen erucht. Es ist in Aussicht genommen, eventuell diese Berichte alljährlich aufs neue zu erhitzen.

Der Gesamtverband der Metallindustriellen erwirbt sich ein Verdienst durch diese Umfrage. Vorläufig wird wohl vorwiegend das „Herr im Hause sein“ betont werden. Da aber schon jetzt manche Arbeitgeber in Anerkennung der bürgerlichen Gleichberechtigung beim Vertragsschlusse zwischen Unternehmern und Arbeitern für korporative Verhandlungen eintreten, so ist zu hoffen, daß sie in immer größerer Zahl zu der Einsicht kommen, daß die Arbeiter ebenso wie sie selbst, freie Bürger und keine Sklaven sein wollen. Diese Erkenntnis verallgemeinert, würde für die Industrie von großem Vorteil sein, da dann sehr viele Kämpfe von vornherein vermieden werden können. Für die Kontarrensfähigkeit auf dem Weltmarkt spielt ein vernünftiges Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern eine in erheblichem Maße mitentscheidende Rolle. Das muß erkannt und begriffen werden!

Der ursächliche Zusammenhang eines Betriebsunfalls: Verletzung des Auges durch hineinpringenden Hammer Schlag und einer bei der Heilbehandlung entstandenen sogenannten ägyptischen Augenkrankheit verneint. Unser Genosse B. aus Neusalz a. O. verletzte sich durch glühenden Hammer Schlag das linke Auge. Auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft wurde er einer Augenklinik in Breslau überwiesen. Während der Zeit der Heilbehandlung entstand nun bei ihm die ägyptische Augenkrankheit. Da zu derselben Zeit in dieser Klinik ein Patient war, der an dieser Krankheit litt, so ist unser Kollege der Überzeugung, daß er die Krankheit nur durch Ansteckung bekommen hat. In diesem Institut hat nämlich nicht jeder Kranke sein eigenes Badstüber, sondern es sind deren mehrere zu gemeinschaftlichem Gebrauch vorhanden. Auch ist eine Verwechslung der Handtücher sehr leicht möglich. Da ist es in der Tat wahrscheinlich, daß diese Ansteckung in der Klinik erfolgt ist. Das Schiedsgericht wies die Berufung zurück. Das Reichs-Versicherungsamt hat nach abgehender Beweisführung und Zeugenernehmung den Rekurs eben-

falls zurückgewiesen. Die Ablehnung wurde folgendermaßen begründet: Es mag dahin gestellt sein, ob die Einrichtungen der Anstalt irgend welche Mängel aufzuweisen hatten, jedenfalls hatte der Kläger die Pflicht, mit peinlicher Sorgfalt auf Sauberkeit zu halten, da er ja doch wußte, daß er in einer Augenklinik war, wo ein jeder selbst alle Vorkehrungen anzuwenden hat. Außerdem stand ihm auch die genügende Zeit zur Reinigung der Waschschüsseln zur Verfügung. Da auch noch die Merkmale der Einwirkung einer äußeren Gewalt fehlten, mußte der Rekurs zurückgewiesen werden.

Unser Genosse hat nun Zeit seines Lebens an einer schweren, bei der Heilbehandlung eines Unfalls erworbenen Krankheit zu tragen und es liegt keine Möglichkeit mehr vor, ihm zu seinem Rechte zu verhelfen.

Um die Ursachen der Bleierkrankungen sowie deren Verhütungsmöglichkeiten zu ergründen, hat in Oesterreich eine amtliche Erhebung stattgefunden. Angeregt wurden solche Erhebungen durch die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Frankreich, England und Deutschland sind darin vorangegangen. Bei den Erhebungen in Oesterreich wurde festgestellt, daß in der Zinkhütte „Gillr“ in Steiermark 38 Arbeiter über 20, 77 über 10, aber unter 20 und 106 weniger als 10 Jahre alt sind. Die Tatsache, daß Kinder unter 10 Jahren in den überaus gesundheitsgefährlichen Zinkhütten Oesterreichs beschäftigt werden dürfen, schreit geradezu zum Himmel. Die Arbeitslöhne sind in den Zink- und Bleihütten ungemein niedrig. Der Durchschnittslohn beträgt 2,40 Kronen, selten über 3 Kronen. Akkordarbeiter verdienen im Monat etwa 70 Kronen. Eine Krone ist 84 Pfg. Die Erhebung hat auch ergeben, daß die staatlichen Betriebe gerade das Gegenteil von Musterbetrieben sind. Besonders schlimm sind die Zustände in der Hütte Kaltwasser bei Raibl in Kärnten. Die bausfälligen Flammöfen haben fingerdicke Risse, durch die die Bleidämpfe in den Arbeitsraum strömen. Die Arbeiter müssen Seife und Handtuch selbst mitbringen, da wird natürlich gespart, und doch ist Reinlichkeit in Bleibetrieben eine unerlässliche Bedingung. In der staatlichen Bleihütte in Pribram wurde der Unfug festgestellt, daß die Arbeiter ihr Essen, das sie des Morgens mit in die Hütte bringen, in dem Arbeitsraum unterbringen, wo es dann der Verunreinigung durch Bleistaub ausgesetzt ist. Die Zahl der Bleierkrankungen ist ungewöhnlich groß. Die effektive Arbeitszeit beträgt 9 1/2 bis 10 Stunden in 12stündigen Schichten. Die Enquete selbst hat schon hier und da kleine Verbesserungen in den Betrieben zur Folge gehabt. Bei den überaus niedrigen Löhnen der langen Arbeitszeit, und der damit verbundenen ungenügenden Ernährung, der schlechten Beschaffenheit der Betriebe, werden die österreichischen Bleihütten noch manches Opfer erfordern, bevor gründliche Abhilfe herbeigeführt ist.

Der Zug der Arbeiter nach dem Westen gibt dem Agrarierblatt, „Deutsche Tages-Zeitung“, wieder einmal Veranlassung zu lebhaften Klagen. Es veröffentlicht eine Zuschrift aus dem niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet, in welcher behauptet wird, daß infolge der Aufhebung der Produktionseinschränkung durch das Kohlenprodukt sich bei den Heden im Ruhrgebiet ein Mangel an Bergarbeitern bemerkbar mache. Infolgedessen würden durch Agenten immer mehr Arbeitskräfte aus dem Osten nach dem Westen gezogen und die Landwirte wüßten schließlich gar nicht mehr, wo sie die notwendigen Arbeitskräfte herholen sollten. Der Mangel für die Landwirtschaft des Westens sei um so größer, als auch für die Landwirtschaft im Westen ausländische Arbeiter herangezogen würden. Alle Bemühungen der Landwirte, durch Zahlung höherer Löhne heimische Knechte und Mägde zu bekommen, seien vergeblich. Die ländlichen Arbeiten seien verpönt und würden von niemand mehr gern verrichtet. Die Kosten des Fremdenzuges zur Industrie gähe außerdem der Landwirt in Form höherer Löhne und Steuern.

Abgesehen von dieser letzten Bemerkung, die geradezu wie ein blutiger Hohn auf die tatsächlichen Verhältnisse klingt, kann man wohl zugeben, daß die östliche Landwirtschaft unter einer Leutenet zu leiden hat.

Wer aber trägt die Schuld daran?

Die Lage der Bergarbeiter ist doch wahrscheinlich keine so beneidenswerte. Wenn trotzdem also ein fortwährender Zug von Arbeitskräften vom Osten nach dem Westen zu beobachten ist, so müssen sich die Arbeiter im Osten doch wohl noch weniger glücklich fühlen, und in der Tat trägt die mangelhafte Bezahlung, die schlechte Bezahlung, vor allen Dingen aber auch der Wunsch nach Selbstständigkeit, der unter der Zucht des Gutsherrn und seiner Inspektoren völlig unterdrückt wird, dazu bei, daß die Leute im Westen in der Industrie Beschäftigung suchen.

Der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker hält an seiner abfälligen Beurteilung der Dresdener Wahlrechtsdemonstrationen fest. Man finde in allen Parteiblättern besonders hervorgehoben, daß die bisher Verurteilten nicht Teilnehmer der Demonstrationsversammlungen waren, auch nicht als eigentliche Sozialdemokraten anzusehen und meistens auch nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Darin erblickt das Buchdruckerorgan eine Art Entschuldigung, als wolle man seitens der sozialdemokratischen Presse die Verantwortung für die Dresdener Vorgänge und das Unglück, das

auch wenn es sich ursprünglich lediglich um die Besserung der Arbeitsbedingungen handelte, den Charakter des Klassenkampfes, den parteipolitischen Charakter, beizulegen, sie mit Nachfragen zu verquiden versteht und damit zu einer sozialdemokratischen Bewegung macht."

Das ist bedauerlicherweise in der Tat richtig!

Bei solchen schweren Kämpfen werde selbst der Anschein der Nachgiebigkeit schon als Schwäche und Niederlage gebrandmarkt. Wenn dann hin und wieder auch der berechtigte Kern, der gewöhnlich mit unerfüllbaren Bedingungen beschwerten Forderungen, zurückgewiesen werde, so möge das Verschulden hierfür Graf v. Posadowsky der Sozialdemokratie zuschreiben.

Und dann wird der alte Herr sentimental. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Rede des Grafen v. Posadowsky ein Ausfluß der schmerzlichen Erkenntnis sei, daß sein ernstes, von höchstem Wohlwollen und von glühender Vaterlandsliebe geleitetes Streben, durch äußerstes Entgegenkommen die Sozialdemokratie zu entlocken, sie wieder in den Kreis der bürgerlichen Gesellschaft zurückzuführen, vergebens gewesen, daß sein warmherziges Hoffen enttäuscht worden sei.

„Denn er muß sehen, wie die Sozialdemokratie, anstatt sich zu mäßigen und milder zu werden, heute, wenn sie es wagen dürfte, bereit wäre, in die Straßen zu gehen und die blutige Revolution anzufachen. Wir wollen abwarten, ob Graf v. Posadowsky die notwendigen Lehren aus der erwähnten Erkenntnis und Enttäuschung ziehen wird.“

Nachdem dann noch die Rede des Reichskanzlers gegen die Sozialdemokratie erwähnt und eine Rede Bebel's zitiert worden ist, die allerdings scharfe Zurückweisung verdient, kommt Herr Bued zu dem Schluss: neue gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu fordern. Man erwarte, daß den Worten bald die Taten folgen! Wenn der Reichstag solche Gesetzentwürfe ablehne, was Herr Bued nicht einmal annimmt, weil weite Schichten des Bürgertums dem jetzigen Gebaren der Sozialdemokratie gegenüber von der Ueberzeugung durchdrungen seien, daß die bestehenden Gesetze nicht genügten, um die große Masse der jetzt noch vaterlandsfreundlichen, der bürgerlichen Gesellschaft noch angehörigen Arbeiter ausreichend vor der vergiftenden Agitation, vor dem unübersteiglichen Terrorismus der Sozialdemokratie zu schützen, dann habe dieser und nicht die Regierung die Verantwortung für die mäßigerweise kommenden Ereignisse zu tragen.

Welcher Art diese Gesetze sein sollen, sagt Herr Bued nicht. Den vaterlandsfreundlichen, jetzt noch der bürgerlichen Gesellschaft angehörigen Arbeitern geschieht mit Polizei- und Justizmaßnahmen kein Gefallen, weil sie erfahrungsgemäß am meisten darunter zu leiden haben, während die Sozialdemokratie, die man treffen will, gerade dabei die besten Geschäfte macht.

Will man ernstlich den Frieden, dann müssen die Unternehmer von ihrem einseitigen Herrenstandpunkt ablassen und in der Arbeiterschaft durch Anerkennung ihrer Vertreter den bürgerlich-gleichberechtigten Produktionsfaktor würdigen lernen.

Wochenchau.

Berlin, 9. Januar 1906.

Das „Korrespondenzblatt“ des Bundes der Deutschen Gewerksvereine findet bei allen Abonnenten, soweit sich diese bisher in Zuschriften an uns darüber geäußert haben, lebhaften Beifall. Die mit Rücksicht auf den Raum gebotene knappe Darstellung hat den Vorteil, eine rasche Information zu geben und die Vielgestaltigkeit des Inhalts bringt lebhaftere Anregungen. In den bisher erschienenen drei Nummern des Abonnements ist eine so reiche Fülle von interessantem Feststoff enthalten, daß wir schon jetzt sicher sein dürfen, daß keiner der Abonnenten sein „Korrespondenzblatt“ missen möchte. An größeren Artikeln erschienen: Eine neue Weltanschauung. Die beschwerdeführenden Bergarbeiter. Das dicke Ende. Die Arbeiterinnen und die Arbeitskammern. Wippchen in Berlin. Die Lage der Roudatoren usw. usw. In der Rubrik Arbeiterbewegung wird knapp aber gut unterrichtet über die Kämpfe sowohl, wie auch über die friedlichen Bestrebungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Unter der Ueberschrift: „Aus dem Lager der Gegner“, werden die meist klammben Vorgänge in den anderen Organisationen besprochen. Unter „Volkswirtschaft und Gesetzgebung“ gelangen interessante Mitteilungen zur Kenntnis der Leser. Von Wichtigkeit ist auch, was an Gerichtsurteilen in Arbeiterfällen mitgeteilt wird. In der Rundschau im Ausland werden insbesondere die Vorgänge und Bestrebungen der Arbeiterorganisationen anderer Länder in belehrender Form erörtert.

Dieser kleine Auszug über das bisher Gebotene läßt schon den hohen Wert des „Korrespondenzblattes“ für alle vorwärts strebenden Gewerksvereiner deutlich erkennen.

Wenn es zu erreichen wäre, daß in jedem Ortsverein drei Mitglieder sich zusammenzusetzen wollten zum gemeinsamen Lesen des

„Korrespondenzblattes“, so würde dem einzelnen diese wichtige Zeitschrift nur 50 Pf. im Quartal kosten. Wir kämen dann rasch auch dem Zeitpunkte näher, wo wir den Preis erheblich herabsetzen könnten. Vorläufig ist aber die Abonnentenzahl noch nicht so groß, daß die Kosten durch das Abonnement gedeckt werden.

Die bisher erschienenen Nummern werden neuen Abonnenten nachgeliefert. In der zweiten Hälfte des Januar kann die Bestellung auch bei jeder Postanstalt erfolgen.

Beschwerde über Beschwerde. Der Arbeiterverein zur Wahrung der bergbaulichen Interessen hat ein rechtliches Bes. Nach dem die „gräßliche“ Berggesetznovelle am 14. Juli 1905 in Kraft getreten war, kügelte er verschiedene saubere Pläne an, um die Arbeiter hübsch in den Fingern zu behalten und um, wie man in Arbeiterkreisen glaubt, den bösen Paragraphen des genannten Gesetzes ein Schnippchen zu schlagen. Hierher gehört der Versuch der Bergverwaltungen, durch das System der sogenannten Ueberweisungsscheine die Freizügigkeit der Bergarbeiter zu beseitigen, und der Erlaß der Normalarbeitsordnung, für die die Bestimmungen der Berggesetznovelle nicht zu bestehen scheinen.

Alles wäre den Bergverwaltungen nach Wunsch gegangen, wenn nicht die bösen Arbeiter und die seit dem großen Bergarbeiteranstand noch immer amtierende Siebenerkommission dem genannten Vereine so hübsch auf die Finger gesehen und alles an die große Glocke gebracht hätten.

Daß die Siebenerkommission sich bei dem Reichskanzler über das Attentat auf die Freizügigkeit telegraphisch seinerzeit beschwerte, haben wir schon gemeldet. Dies hat auch Erfolg gehabt. Aber auch wegen der neuen Arbeitsordnung ist der Beschwerdebeweg beschritten worden. Der ablehnende Bescheid des Dortmunder Oberbergamtes hat die Siebenerkommission nicht abgeschreckt. Im Gefühl ihres guten Rechtes ist sie auf dem Beschwerdebeweg inständigemäßig fortgeschritten und hat sich jetzt über den ablehnenden Bescheid des Oberbergamtes beim Handelsminister beschwert. Die Beschwerde rügt die durch die Arbeitsordnung den Bergverwaltungen eingeräumte Befugnis, die Arbeitszeit aller Tagelöhner von 9 auf 12 Stunden zu verlängern, ferner die Verkürzung der vom Gesetz verlangten achtstündigen Ruhepause, die unlegale Berechnung der Seilfahrt und anderes mehr. Der Minister wird gut tun, nicht in die Fußstapfen des Oberbergamtes zu treten, so schließig auch der Rechtsboden im Nachbereich der Grubenmagnaten sein mag.

„Mangel an Pflichtgefühl“ nennt es Herr Professor Adolf Wagner, daß überall sich eine lebhafteste Bewegung gegen die Steuerpläne der Regierung geltend macht. Man möchte verzeihen dem deutschen Volke, am neuen Deutschen Reich, wenn man dies Gejammer und Geföhln hört, wo jeder sich schent, Lasten zu übernehmen, während kein anderes Volk einen wirtschaftlichen Aufschwung genommen, wie das deutsche im 19. Jahrhundert, und keines sich mehr Genüsse aller Art erlaubt in allen seinen Klassen, von den höchsten bis zu den niedrigsten, von Arbeiter bis zum Großkapitalisten. . . . Der Arbeiter lamentiert, wenn es sich um Erhöhung der indirekten Steuern auf seine Genussmittel, „sein Bier“ und „seinen Labak“ handelt, die bisher mit am niedrigsten in der ganzen Welt belastet sind.“

Der von keiner anderen Nation erreichte wirtschaftliche Aufschwung wird natürlich auch von uns zugegeben und wir behaupten, daß in erster Linie auch die deutsche Arbeiterschaft durch ihren Fleiß und ihre Intelligenz mit dazu beigetragen hat. Wir sind aber ferner der Meinung, daß der Vorteil, den dieser Aufschwung für die Arbeiter im Gefolge gehabt hat, dazu in einem argen Mischverhältnis steht. Noch bis zum heutigen Tage ist das Einkommen eines erheblichen Teils der deutschen Arbeiter so niedrig, daß es zu einem menschenwürdigen Dasein kaum ausreicht. Nach der amtlichen Statistik beträgt der Jahresdurchschnittsverdienst des Arbeiters 750 Mk., und etwa 800 000 Arbeiter erzielen gar nur einen solchen von 420 Mk. Daß diese sich nicht „Genüsse aller Art“ leisten können, das sollte selbst der verblissenste Theoretiker einsehen.

Der Herr Professor hätte nun den Herren Großgrundbesitzern etwas mehr ins Gewissen reden sollen. Gewiß tabelt er auch an ihnen, daß sie sich gegen die geplante Erbschaftsteuern sträuben. Hier wären aber schärfere Worte am Platze gewesen, wenn sie höchstwahrscheinlich auch nichts genützt hätten. In den Großbesitzern, in dem Agrariertum verbergt sich der kräftigste Egoismus. In dieser Bevölkerungsschicht ist in der Tat der Grundlag maßgebend: Genießen, und zwar auf Kosten anderer! Den ganzen Gesetzgebungsapparat hat man sich zuzunne zu machen verstanden. In Form von Liebesgaben, von Böllen heimst man hier ein, soviel nur zu bekommen ist, und das für, daß man in diesen Kreisen auch zu leben, zu genießen weiß, dafür legen die Herren Söhne als Offiziere bei der Garde ein berechtigtes Zeugnis ab. Und gerade denjenigen, die in Form von indirekten Steuern die Bege bezahlen müssen, glaubt Prof. Wagner noch besondere Vorwürfe machen zu sollen. Gewiß ist der Arbeiter erbittert, wenn er hört, daß nach der Verteuerung der Lebensmittel auch noch der Preis für die winzigen Genussmittel, „sein Bier“ und

neuen Jahre möge uns einen weiteren Erfolg sichern, denn wir haben hier noch weitere Kämpfe in Aussicht. Durch diese Kämpfe werden Kraft und Mitleid gepflügt zu fruchtbarer Saat.

Dritterband Hagen i. B.

Die Zeit geht unaufhaltsam vorwärts und da ist schon wieder ein Jahr verflohen! Mit Mut und Eifer haben wir die Arbeiten in unserm Ortsverbande im Jahre 1905 aufgenommen und sie das ganze Jahr hindurch in gleicher Weise fortgesetzt; in derselben Art wollen wir im neuen Jahre für die gute Sache wirken und uns dauernd mühen sie vollen Erfolges entgegen zu führen.

Wir haben sieben Sitzungen, vier Ortsverbands- und zwei öffentliche Versammlungen abgehalten, außerdem noch drei Konferenzen von Vorständen und drei Vertreteritzungen für die Vorbereitung des Stiftungsfestes.

Unsere erste Versammlung fand statt am 19. Februar bei Kiling in Hagen-Deffern und wurden in derselben vorwiegend geschäftliche Angelegenheiten erledigt. In der zweiten Versammlung am 28. Mai, abgehalten im Weisgerberstraßen Lokal in Hagen-Deffern, sprach der erste Vorsitzende über: Warum betreiben wir soziale Reform? In der Diskussion wurden die Ausführungen des Redners insbesondere durch Kollegen Buschmann vom Verein der Deutschen Kaufleute betreffend die Ernährung der deutschen Arbeiter wirksam ergänzt. Die dritte Versammlung fand statt im Lokal Köllberg in Hagen. Unser Vorsitzender Wilhelm v. Eehn gedachte einleitend des verstorbenen Anwalts Dr. Mor. Hirsch und dankte dem Berühmten für sein den Arbeitern gewidmetes lobbares Leben. Sodann folgte ein Referat vom Kollegen Barnhoff über die Differenzen unter den bestehenden Organisationen. Die vierte Versammlung, am 22. Oktober bei Strohmeyer in Hagen, beschäftigte sich mit der zum 19. Januar anberaumten Gewerbeerwahl.

In der ersten öffentlichen Versammlung in der Tonhalle zu Hagen referierte Geschäftsführer Heinrich Lange. Dortmund, über den Streik der Bergarbeiter und seine Folgen. In der zweiten öffentlichen Versammlung am 29. April im Hagenener Kaiserjubiläum Kollege Samacher. Oberhausen, Mitglied der Siebener-Kommission über die Bergesegensnovelle. Am 6. August fand unter Hinzuziehung sämtlicher Ortsvereine von Hagen und Umgegend eine Konferenz zwecks Errichtung eines Arbeitersekretariats statt. Am 6. Dezember wurde die gleiche Angelegenheit nochmals erörtert ohne zum Abschluß gebracht werden zu können. Wir hatten hierzu auf die Hilfe des Zentralrats gerechnet, die uns aber leider versagt wurde. Der Besuch von Werksstättenversammlungen, von Versammlungen der Gegner und der des eigenen Berufs, haben insbesondere die Ausschüsse des Ortsverbandes und der einzelnen Ortsvereine körperlich und auch finanziell sehr angestrengt. Wir können daher für das Arbeitersekretariat aus persönlichen Mitteln nicht allzuviel mehr leisten.

Das Ortsverbandesfest fand unter Beteiligung der Ortsverbände Wetter, Haspe und Schwerte in Herdecke bei G. Sieberg statt. Der materielle Erfolg ließ zu wünschen übrig, denn wir schlossen mit einem Defizit ab. Um so tiefer und erhebender aber war die Wirkung des Festes auf alle Teilnehmer.

Das Jahr 1905 selbst muß wirtschaftlich günstig gewesen sein, denn nur ein Genosse nahm unsere Verspflügendereinrichtung in Anspruch, während im Jahre 1904 30 wandernde Gewerbetreibende den Segen dieser Einrichtung kennen lernten. Den Arbeiternachweis betrieb ich Hand in Hand mit dem sehr liberalen städtischen Arbeitsnachweisbureau. Und nun stehen Mutes in das neue Jahr eingetreten. Kraftvoll und energisch wollen wir wirken und uns stets an den Wahlspruch halten: "Vereinigt sind auch die Schwachen stark!"

Hagen i. B., 31. Dezember 1905.
Carl Reichelt.

Ortsverband Wälsheim (Wahr).

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 7 Vertreteritzungen, 2 kombinierten Ausschüßitzungen und 2 Mitgliederversammlungen. Leider waren dieselben meist sehr schlecht besucht. Dasselbe gilt auch von den im Mai abgehaltenen Frühjahrsfest des Ortsverbandes. Dagegen erzielte sich das Ortsverbandesfest im August einen recht regen Beilegung. — An Streiks und Lohnbewegungen sind wir mit Ausnahme des Bergarbeiterstreiks im vergangenen Jahre nicht beteiligt gewesen. Wegen die Preissteigerung nahmen wir in einer von verschiedenen Korporationen veranstalteten öffentlichen Volksversammlung Stellung. Unsere Bestrebungen, bei den Erbschaften zur Stadtverordnetenversammlung Erfolge zu erzielen, waren infolge der Teilnahmelosigkeit unserer Mitglieder leider vergeblich.

Um den einzelnen Ortsvereinen mehr Mitglieder zuzuführen, wurde am Anfang des Jahres eine Agitationskommission gewählt. Hatte es sich doch gezeigt, daß bei reger Tätigkeit in dieser Hinsicht Erfolge zu erzielen sind. Denn dem D.-B. der Maschinenbauer ist es während des Bergarbeiterstreiks gegliedert, vor allem dank der eifrigen Tätigkeit des Sozialbeamten Jakob S. Essen, seine Mitgliederzahl zu verdoppeln. Diese Tatsache beweist, wie notwendig es auch für die kleinen Gewerksvereine ist, unabhängige Agitationsbeamte anzustellen. Erfreulich ist es auch zu melden, daß es den Bemühungen des Kollegen Reef gelungen ist, einen Ortsverein der Bergarbeiter zu gründen.

Wir treten in das neue Jahr ein, in der Hoffnung, daß der neue Anschluß in vollem Maße seine Schuldigkeit tun wird, und daß vor allen Dingen auch die Mitglieder mehr als bisher Interesse für unsere Ideen an den Tag legen. Wir erwarten auch, daß die unsere Presse lebhafter unterstützen und auf die "Westfälische Abendpost" abonnieren, damit diese bald täglich erscheinen kann und wir den Gegnern jeder Zeit mit einer harmlos Klasse entgegenzutreten können.

Paul Gätzig, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Striegan und Umgegend.

Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurden vier ordentliche, fünf außerordentliche und zwei kombinierte Vorstandssitzungen, sowie vier ordentliche Generalversammlungen abgehalten. Die außerordentlichen Sitzungen wurden durch die im März in Szene gesetzte Lohnbewegung der Bauhandwerker (Maurer und Zimmerer) von Striegan und Umgegend notwendig. Wir waren dabei beteiligt und fand diese Bewegung durch Be-

willigung der hauptsächlichsten Forderungen ihren Abschluß, ehe es zum Streik kam. Außerdem fand eine große Gewerkevereinsversammlung statt, in welcher Verbandssekretär Kollege L. v. n. Berlin einen Vortrag hielt über: Was lehren uns die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart? Am 26. März wurden die Kollegen Hahn und Schönfelder zu dem in Soest an stattfindenden Bezirkskongress delegiert.

Aus Anlaß des unverhofften, viel zu früh erfolgten Hinscheidens unseres unvergesslichen Herrn Anwalts wurde eine Beileidsbezeugung, ein Kranz mit Schleiße und entsprechender Aufschrift an den Zentralrat sowie eine schriftliche an die Witwe des Verewigten geschickt.

Die seit Jahren bei uns bestehende Auskunftsstelle fertigte sieben Schriftstücke, bestehend in Anträgen und Gesuchen für Unfall- und Invaliditätsfällen, welche alle von Erfolg gekrönt waren. Außerdem fanden noch viele mündliche Materialstellungen zur vollen Zufriedenheit der Auskunftsstellen ihre Erledigung. Wärdten doch alle Kollegen bei vorkommenden Fällen ihre Zustucht zunächst zu dieser Einrichtung nehmen, damit ihnen die Ausgaben, die sie anderwärts zu machen hätten, erspart bleiben.

Die Beschäftigung in den hiesigen Betrieben war eine betriebsgede, jedoch sind die Löhne mit den bestehenden Zeitverhältnissen nicht mehr in Einklang zu bringen.

Ueber den Besuch der Versammlungen, welche zum Teil in den unliegendsten Ortschaften abgehalten wurden, um auch den dortigen Mitgliedern gerecht zu werden, muß wiederum gesagt werden, weshalb wir an alle unsere Kollegen die erste Mahnung richten, eilig mitzuarbeiten an der Bewirkung unserer Ziele. Der Verband besteht gegenwärtig aus 8 Ortsvereinen mit zusammen 362 Mitgliedern.

Wägen die im verflohenen Jahre geführten großen wirtschaftlichen Kämpfe den der Organisation noch fernstehenden Arbeitern die Augen öffnen, ihre Gleichgültigkeit schwinden lassen, denn ohne eine finanziell kräftige Organisation ist nichts zu erreichen. Unseren Kollegen aber machen wir ganz besonders zur Pflicht, nicht dem Verbandsvorstand alles zu überlassen, sondern alle ihnen bekannten Indifferenten zum Beitritt in die Deutschen Gewerksvereine bewegen. Damit wir, groß und stark, den Platz einnehmen können, welcher uns als Arbeiter-Organisation gebührt.

H. Schönfelder, Schriftführer.

Gewerkevereins-Teil.

§ Oberschöneweide. Der Verein der Deutschen Kaufleute hielt am letzten Donnerstag im Kafeekeller seine Versammlung ab. Dieselbe war von selbständigen Geschäftsleuten sowie von Handlungsgehilfen gut besucht, ein Beweis für das lebhafteste Interesse am 8 Uhr-Laden-schlus. Der Referent, Herr Brocati, Berlin, schilderte in einem längeren Vortrage, wie günstig sich schon jetzt der 8 Uhr-Laden-schlus selge, da derselbe bereits in 17 größeren, sowie in 148 mittleren und kleineren Städten eingeführt sei. Eine Nachfrage in obigen Orten, ob die Geschäftsleute eine Schädigung oder einen Rückgang ihrer Geschäfte zu verzeichnen hätten, ist mit nein beantwortet worden. Nach dem Vortrage fand freie Aussprache statt und meldeten sich hierzu die Herren: Hinfelben und Gemeinhardt vom Rabatte-Sparverein Oberspre, Liebe, Eisenwarenbranche, Müller, Zigarrenbranche, sowie Paul Träger-Berlin. Sämtliche Herren sprachen für den 8 Uhr-Laden-schlus in Oberschöneweide. Nach einem Schlußwort des Herrn Brocati wurde folgende Resolution einstimmig von den anwesenden Geschäftsleuten und Handlungsgehilfen angenommen: Die heute von Kaufleuten und Handlungsgehilfen zahlreich besuchte Versammlung im Kafeekeller zu Oberschöneweide erklärt es für eine unbedingte Notwendigkeit, daß der 8 Uhr-Laden-schlus für Oberschöneweide recht bald zur Einführung kommt. Eine Schädigung würde für niemand daraus entstehen, dagegen würden Prinzipale und Gehilfen erhebliche Vorteile in materieller und geistiger Beziehung davon haben.

Verbands-Teil.

*** Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerksvereine (D.-D.) für das Herzogtum Anhalt und Provinz Sachsen.**

Protokoll der 7. Vorstandssitzung, getagt am 28. Dezember 1905, im Lokal Rubin. Der 2. Vorsitzende, Kollege G. Rietz, eröffnet dieselbe um 9 Uhr abends.

Anwesend sind ferner die Kollegen: Rubert, Rane, Triebel, Bells, Bessler, Schröder, Blume, Heller; als Gast Kollege Orlamünde vom D.-B. der Tischler. Der Sitzungsvorstand gibt bekannt, daß der 1. Vorsitzende, K. Becker, infolge Krankheit nicht erscheinen kann. Von eingegangenen Schreiben wird Kenntnis genommen; unter anderem wird von Bernburg zum 27. Januar cr. ein Redner verlangt; Kollege Bessler wird beauftragt, die Mission nach dort zu übernehmen. Rubert wird am 30. Dezember nach Burg delegiert zum Besuche des D.-B. der Lederarbeiter und des Zentralrats der Fabrik- und Handarbeiter. Eine längere Debatte entspinnt sich über die vom Sächsischen Ausbreitungsverbande einzuberufende Konferenz sämtlicher Ausbreitungsverbände. Sämtliche Anwesende stimmen dem zu, sind mit dem Tagungsort Leipzig einverstanden und sollen dem dortigen Vorstand nähere Mitteilungen zugehen. Kollege Schröder berichtet von den bis jetzt eingeleiteten Abonnementen zum Mitteldeutschen Courrier; gerügt wird das laue Verhalten einzelner Ortsvereinsvorstände, die trotz mehrmaliger Aufforderung es nicht der Mühe für wert halten, zu antworten. Einiges Epochen über den Terrorismus der freien Gewerkschaften werden bekannt gegeben, dem auch der Schriftführer zum Opfer gefallen ist. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen Schluß der Sitzung 11 Uhr 50 Minuten Nachts. R. Rubert, Schriftführer.

*** Norddeutscher Ausbreitungsverband.**
Protokoll der Sitzung vom 1. Januar 1906, abgehalten im Lokal Engelke, Stettin, Schiffstr. 9.

Anwesend fehlt Kollege Gasse. Als Gäste sind anwesend die Kollegen Frau Bessler, Böttner und Kollege Böttner. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 4 Uhr nachmittags, mit einer kurzen Begrüßung der Anwesenden. Die eingelaufenen Korrespondenz findet zuerst ihre Erledigung. Schreiben der Kollegen Gutz-Thorn und Einzel-Stiebenbrunn

fe über Viele gebracht haben, von sich abwägen. Mit Recht bemerkt es:

Wir finden dieses Abwägen ja schließlich verständlich, auffällig bleibt es aber trotzdem. Gehören diese vier Opfer der Straßendemonstrationen nicht dem Lumpenproletariat an — was von seiner Seite behauptet wird —, so sind es eben Elemente aus dem Arbeiterstande, für welche die Straßendemonstrationen mitbestimmt waren, auf die man bei solchen Aktionen stets rechnen muß. Darum betonten wir ja gerade die große Verantwortlichkeit der Personen, denen die Veranstaltung und Leitung solcher Demonstrationen und Aktionen obliegt. Allerdings trug uns das nur Anpöbelungen ein, aber an derlei Liebenswürdigkeiten sind wir gewöhnt."

Man weiß in der Tat nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über die Gewissenlosigkeit, mit der man die Menschen zu so nutzlosen und gefährlichen Experimenten, wie es diese Demonstrationen doch nun einmal sind, aufhetzt, oder über die Feigheit, die nachträglich, wenn die Sache schief gegangen ist, jede Verantwortung ablehnt.

Feuilleton.

Wirtschaftliche Gründe für den Verfall der Familie. *)

Wenn die Familie ihre Erziehungspflichten erfüllen soll, so muß sie dazu zunächst materiell in der Lage sein. Ist das bei allen Familien der Fall? Die Antwort auf diese Frage kann nicht zweifelhaft sein. Freilich hat keine Statistik bisher die Familien gezählt, in denen es an den Mitteln fehlt, für Kleidung und Nahrung ausreichend zu sorgen. Keine Erhebung nennt uns die Zahl der Familien, in denen die Frau außerhalb des Hauses der Erwerbsarbeit nachgehen und ihre Kinder unter ungenügender Aufsicht und in unzureichender Wartung zurücklassen muß. Keine Zählung gibt uns an, wieviel Kinder an dem Erwerb des zum Leben Notwendigen vom zartesten Alter an in einer Art und in einem Umfang teilnehmen müssen, daß sie dadurch an ihrer Gesundheit und Sittlichkeit und an ihrer geistigen Ausbildung Schaden leiden. Die Zahlen, die zur Verfügung stehen, lassen alle nur unbestimmte Schlüsse zu. Ich will wenigstens einige nennen. Nach der Berufsstatistik von 1895 sind von den 28 361 125 weiblichen Personen 6 578 362 auf eigenen Erwerb angewiesen. Ihre Zahl ist seit 1882 um 1 005 305 gewachsen. Im Jahre 1902 wurden im Deutschen Reich 860 087 Fabrikarbeiterinnen, die über 16 Jahre alt waren, gezählt gegen 587 284 im Jahre 1892. In zehn Jahren vermehrte sich also die Zahl der Fabrikarbeiterinnen um fast 300 000, das sind über 50 pSt. Von jenen 860 087 Arbeiterinnen waren 545 463 über 21 Jahre alt. Wieviel von diesen Frauen verheiratet und Mütter waren, sagt der Bericht der Gewerbeträger nicht. (Auf solche "Rebensachen" wird man erst im weiteren Verlauf der sozialen Arbeit kommen.) Aber ungewiss ist es ein ziemlich bedeutender Prozentsatz.

Die wirtschaftliche Not ist zweifellos im Arbeiter- und niederen Beamtenstand am größten. Ihre Befestigung im Arbeiterstand wird ja im engeren Sinne als die Lösung der sozialen Frage betrachtet. Die Sozialdemokratie sieht die einzige Lösung in der Aenderung der Produktionsform. Sie will die Arbeitsmittel aus dem Besitz des einzelnen in den Besitz der Gesamtheit überführen und die Verteilung der Arbeitserträge regeln. In eine Untersuchung darüber, ob der Sozialismus mit dieser Forderung recht oder unrecht hat, kann ich an dieser Stelle natürlich nicht eintreten. Daß aber der Uebergang zur kommunistischen Produktionsweise ohne einen Rückgang in der Kultur nicht möglich ist, wird von der Sozialdemokratie zugestanden. Man gibt zu, daß die zahlreichen Antriebe zur Kraftentfaltung, welche die individualistische Wirtschaftsweise gibt, im sozialistischen Staate wegfallen, daß infolgedessen die Menge der Kulturgüter zunächst abnehmen und dadurch die Kultur selbst zurückgehen muß. Aber man glaubt versichern zu können, daß die edlere soziale Befinnung sehr bald dieselbe bewegende und treibende Kraft zeigen werde, die heute der Eigennuß und die persönliche Verantwortung besitzen. Man erwartet, daß der soziale Organismus den Menschen in dieser Hinsicht bedeutend veredeln werde. Ob diese Veredelung wirklich eintreten wird, kann uns freilich niemand beweisen. Man muß auch hier, wie so oft im Leben, glauben, und dieses Glauben und Nichtglauben stützt sich in erster Linie auf die Auffassung, die der Betreffende von der Natur des Menschen hat. Wer den Menschen als ein Wesen mit bedeutendem sozialen Instinkt auffaßt, wird Vertrauen zum Kommunismus haben, wer aber der Ansicht ist, der Mensch werde in erster Linie durch die Sorge um sein eigenes Ich bewegt, wird dem sozialen Staat nicht vertrauen.

Ob wir dem sozialistischen Staate zusteuern oder nicht, wird heute kaum jemand entscheiden wollen. Aber darin dürften alle einig sein, daß wir noch eine geraume Zeit in der jetzigen Staatsverfassung leben werden und deswegen bemüht sein müssen, die neuen Generationen in ihr so gut wie möglich zu erziehen.

Diese grundsätzlichen Fragen spielen auch in der Politik des Tages keine große Rolle. Im politischen Tageskampf spielt sich der

*) Siehe den Artikel „Die Familie“ in Nr. 2 des Gewerbetreibenden. D. Arb.

Streit vielmehr ziemlich einseitig auf die Forderung zu: der Arbeitgeber soll von seinem Gewinn zugunsten der Arbeitnehmer mehr abgeben, als jetzt geschieht, und ebenso wird um politische Rechte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestritten. In diesen Kampf hier einzutreten, stelle ich mich nicht berufen. Das allgemeine Urteil geht ja wohl dahin, daß eine Besserung zugunsten der Arbeiter möglich ist und auch Schritt für Schritt stattfindet. Vielleicht ist hier und da schon die Grenze erreicht, und wo diese gar schon überschritten ist, das heißt, wo die Beteiligung des Unternehmers am Gewinn eine zu geringe ist, tritt ein Rückschlag ein, entweder durch Verringerung der Löhne oder durch Aufgabe des Betriebes, so daß eine zwangsweise Erhöhung der Löhne durchaus nicht immer im Interesse der Arbeiter liegt. Ein fester Lohnsatz ist darum auch nicht denkbar, der Lohn wird immer wie das Zünglein an der Waage schwanken.

Nehmen wir für unsere Untersuchung also an, die Interessen beider, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, seien aus bester gegenseitiger Abwägung. Dann werden wir aber sofort entdecken, daß die soziale Frage trotzdem nicht gelöst ist. Sie ist eben nicht nur eine Frage der Klassen und der Arbeitslöhne. Die Binderung der Not ist allein nach der Formel: hier Arbeitgeber! hier Arbeiter! nicht möglich; es kommt vielmehr auch darauf an, die Erträge der Arbeit in der Arbeiterschaft selbst richtig zu verteilen.

Auf welchem Wege kann dies geschehen? Wenn man die Ursache der Not der Arbeiterfamilie kennt, ist die Frage beantwortet.

Der junge, unverheiratete Arbeiter leidet heute unverhältnißmäßig außerordentlich. Es gibt nicht wenige 18- bis 20jährige junge Schlossergesellen, die 32 Mk. und darüber wöchentlich verdienen. In den nächsten Jahren steigert sich der Verdienst noch erheblich. Das ist ein Einkommen, bei dem ein junger Mensch von bescheidenen Ansprüchen sehr gut leben kann. Ja, viele junge Leute wissen mit so einer Einnahme nicht zu wirtschaften und vergeuden das Geld auf eine ganz sinnlose, für Leib und Seele gefährliche Weise. Gewöhnlich aber lassen sie sich durch ein solches Einkommen verlocken, bereits in ganz jungen Jahren eine Familie zu gründen, und — nun beginnt das Elend. Das hätten sie freilich wissen können. Denn neben dem nun 21jährigen Arbeiter steht vielleicht ein Biergastarbeiter in der Werkstatt. Seine Sehnen sind von der einseitigen Arbeit und oft auch durch Mangel und Entbehrung bereits erschlafft. Seine Arbeitskraft ist nicht größer als die seines jungen Kollegen, häufig sogar geringer. Darum ist auch sein Verdienst nicht höher. Aber er hat daheim eine Frau und drei, vier, auch wohl sechs oder sieben umwändige Kinder, die den schmalen Verdienst mit dem Vater teilen wollen. In welchem Verhältnis stehen diese beiden Arbeiter zueinander, der Arbeiter ohne Familie und der mit Familie? Der letztere ist ein wirklicher Proletarier, der erstere könnte bei verständiger Lebensführung sich Genüsse verschaffen, an die ein Familienvater mit dem doppelten und dreifachen Einkommen nicht denken darf.

Und blicken wir von den großen Massen der Arbeiterschaft hinüber zu den Beamten. Dort ist genau dieselbe Erscheinung, allerdings bedeutend gemildert durch die Steigerung des Gehalts mit den Dienstjahren. Aber auch hier steht der ledige oder kinderlose Mann oder auch die ledige Frau weitaus günstiger da als der Familienvater. Wenn ein alleinstehender Mann in der Mitte der dreißiger Jahre mit 1800 Mk. knapp auskommt, dabei aber einigermaßen, wie es sein Beruf erfordert, am Kulturleben teilnehmen kann, was wird dann mit einem, der eine Frau und vier Kinder hat, zu deren Wartung und Erziehung vielleicht noch eine Hilfskraft nötig ist? Sein Einkommen reicht nicht aus, um die elementarsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, und er muß entweder neben seinem eigentlichen Beruf noch ein zweites und drittes Arbeitspensum auf sich nehmen, also für zwei oder drei arbeiten, oder er muß hinuntersteigen auf die tiefste Stufe der sozialen Leiter. Erstere geschieht ja in der Regel, der Mann verdoppelt und verdreifacht seine Tätigkeit, er sucht einen Nebenerwerb. Aber welche entsetzlichen Folgen hat dies? Ein wie ungeheurer Prozentsatz von Leiden bleibt auf dieser „Strecke"! Nur die besonders Bevorzugten vermögen eine solche Last zu tragen, die übrigen werden zu Boden gedrückt und sinken frühzeitig ins Grab, ihre Familie nun tollends dem Mangel preisgebend.

(Schluß folgt.)

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1905.

Ortsverband Gera.

Der Ortsverband hielt im vergangenen Jahre fünf Versammlungen und acht Sitzungen ab. Die weitere Tätigkeit des Ortsverbandes wurde durch die im hiesigen Bezirk stattgefundenen Aussperrung der Zertifikatsarbeiter angelegt, da es galt, dem tollstolzen und ungeheilten Auftreten des Zertifikatsarbeiterverbandes und der hiesigen sozialdemokratischen Presse entgegenzuwirken. Unsere ruhige und sachliche Art gegenüber dem großsprecherischen, lügenhaften Gerede jener Partei- und Verbandsleiter fand viel Beifall, so daß die Mitgliederzahl des D. A. der Stuhlarbeiter die dreihundert überstieg. Es wird nun an dem hiesigen Ortsverband liegen, im Laufe dieses neuen Jahres die erlangten Vorteile richtig zu erfassen und weiteren Nutzen daraus zu ziehen, damit die Mitgliederzahl, wie das vergangene Jahr, wo sie von 200 auf 500 stieg, weiter steigen möge. Ein freudiges Hand in Hand gehen der hiesigen Ortsvereine zu engerer Arbeit im

werden zur Kenntnis genommen; die darin enthaltenen Anträge betreffs Agitation werden genehmigt. Hierzu wird beschlossen, den auswärtigen Vorstandsmitgliedern wird die Befugnis eingeräumt, in außerordentlich dringenden Fällen selbständig kurze Reisen auszuführen. — Schreiben vom C.-B. der Fabrik- und Handarbeiter. Greifswald und Eritzen-Dästelberg werden zur Kenntnis genommen. — Kollege Gasse tritt ein. — Eine Einladung des Sächsischen Ausbreitungsverbandes zu einer Konferenz nach Leipzig wird zur Kenntnis genommen, eine Besichtigung wegen der hohen Kosten aber abgelehnt. Die Kollegen Splittspöber und Wilhelm treten ein. Der Vorsitzende begrüßt dieselben.

Der Schriftführer erstattet Bericht über seine Agitationsreise Posen und Uckermark. Beschlössen wird in Posen tatkräftiger denn je für die Hebung der dortigen Ortsvereine einzutreten. Die Versammlungen der Fabrik- und Handarbeiter, Tischler, Zigarren- und Tabakarbeiter sollen zunächst besucht werden. Auf Anregung des Schriftführers wird zur nächsten Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt: Die Organe der Arbeiterversicherung und die Wahlen dazu. Die Versammlungsbesuche am Orte werden festgesetzt. Die Versammlung der Kaufleute IV sollen die Kollegen Gallas und Bleiweiß und die der Maschinenbauer-Grabow Kupfensamp und Piepfer besuchen.

Ferner liegen eine ganze Reihe interner Angelegenheiten und über unsere vorzunehmende Agitation vor, welche eingehend besprochen wurden. Die Kollegen Runow und Gallas werden beauftragt, die Vorarbeiten in mehreren Agitationsangelegenheiten so bald wie möglich auszuführen. — Kollege Frau Gallas, die inzwischen eingetreten ist, wird vom Vorsitzenden begrüßt, dann folgt Schluss der Sitzung um 6 1/2 Uhr Abends. Die nächste Sitzung findet am 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Engelle statt.

R. Piepfer, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (C.-B.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/222. Gäste stets willkommen. Mittwoch, 17. Januar Vortrag des Hauptgeschäftsführers Winter über: „Das Recht auf Arbeit“. — **Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine (C.-B.).** Jeden Donnerstag, ab. 9—11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 13. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr Frühstr. 36a. L.-D.: Monatsbericht. Bericht von der Kom-

mission. Vortrag des Herrn Lehrers Drewn: „Aus den Denkwürdigkeiten eines Arbeiters“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Schubert, Stettinerstr. 50. L.-D.: Vortrag des Herrn Lehrers Wolf. Bericht der Kommissionen. Am 15. abends 9 Uhr Auskündigung Schweinminderstr. 85. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr Frühstr. 82/83. L.-D.: Tätigkeitsbericht. Monatsbericht u. a. — **Graphische Berufe u. Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr im Restaurant Krause, Neue Grünstr. 28. L.-D.: Mitteilungen. Beschiedenes. Hilfskasse. **Friedrichsberg. Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Sonnabend, 13. Januar, ab. 8 1/2 Uhr bei Bischof, Frankfurter Allee 165. L.-D.: Monatsabschluss. Jahresabschluss. — **Magdeburg. Graphische Berufe und Maler.** Sonnabend, 13. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Kranken- und Hilfskassen-Versammlung. — **Charlottenburg. Maschinenbau- u. Metallarbeiter.** Sonnabend, 20. Januar, abds. 8 1/2 Uhr bei Schweizer, Berlinerstr. 121. L.-D.: Monats- u. Jahresbericht. — **Gasse a. C. Graph. Berufe und Maler.** Sonnabend, 20. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung im Passage-Restaurant.

Orts- und Bezirksverbände.

Stettin (Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Brauer, Stettin, Kullmanstr. 22. (Gäste stets willkommen). — **Norddeutscher Ausbreitungsverband (Stettin).** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Heile, Stettin, Reeststr. Nr. 2, Distriktsabend. Gäste stets willkommen. — **Braunenburg a. S. (Ortsverband).** Sonnabend, 13. Januar, abends 1/29 Uhr, Ortsverbandversammlung im Gasthaus. — **Lüdenscheid und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum Adler“ (Zadepf), Verbandsversammlung. — **Schwelm (Ortsverband).** Sonntag, 21. Januar, nachmittags 5 Uhr, Verbandsversammlung im Ref. S. Thülen. L.-D.: 1. Protokoll. 2. Rechnungsablage. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Vortrag. 5. Beschiedenes. — **Breslau (Ortsverband).** Dienstag, 13. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung der Verbandsmitglieder im „Grünen Bergel“, Kupfer- schmidtstr. 29. Vortrag des Lokalbeamten Riabel über: Invaliditäts- und Unfallversicherung.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Wochenspiegel. **Spremburg (Ortsverein der Schuharbeiter).** August Borchert, Schriftführer, Wilhelmstr. 31, Hof.

Anzeigen=Teil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Ausschreibung.
Der Ortsverband Duisburg der Deutschen Gewerksvereine sucht zum 1. März 1906 einen
Arbeitssekretär.
Derfelde muß 5 Jahre Mitglied des Gewerksvereins und mit allen Fragen der sozialen Verbesserung und Arbeiterversicherung vertraut sein. Offerten mit Gehaltsansprüchen und einem diesbezüglichen Aufsatze „Ueber die Aufgaben eines Arbeitssekretärs“ sind bis zum 1. Februar zu richten an den Vorsitzenden, Kollegen
Arnold Kaul,
Duisburg, Kasinostr. 17.

Meißen (Maschinenbauer). Nicht-bezugsberechtigte erhalten 30 Pfg. bei Paul Zaeger, Burgstr. 5 III.

Wassersägerei
Sägeschnitzerei, Holzdruck- wasserer liefert am billigsten sämmtl. Werkz., Holz, Holz u. s. w. Wendel, Maxdorf 85 Pfalz, Reich. über 2000 Abbildg. gg. Katalog — **Laubsägeholz** — per em von 1 Mark an.

Patentbureau
Paul Hayes, Ingenieur
Halle a. S.
Patentanmeldung einschl. • • • Prüfungsgeld M. 65.
Gebrauchsmusteranmeldung einschl. 3 jähriger Gebühr M. 80.
Verwertung guter Schutzrechte wird mit Erfolg durchgeführt.

Centralrat der Deutschen Gewerksvereine.
Mittwoch, 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale unseres Verbandsbause, Greifswalderstr. 221/22, **III. Volkswirtschaftlicher Abend.**
Vortrag des Herrn Professor Dr. Commerfeld über **Veruf und Tuberkulose**
mit Demonstrationen an Hand einer Ausstellung von natürlichen Lungen verschiedener Berufsarbeiter. Es wird an ihnen der Nachweis geführt, daß die Erkrankung der Lungen auf die betreffende Berufstätigkeit zurückzuführen ist. Unsere Verbandsgenossen u. Genossinnen von Berlin und Umgegend werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Das Bureau des Centralrats.

Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/22.
Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prachtige Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlichst ein
Carl Berndt, Deponen.

Nur acht Tage gültig! Umsonst erhält jeder, dem noch nicht bekannt ist, 1 Probe-Stück Rasiermesser No. 50 mit Einl. 6 Jahre Garantie zur Überzeugung der Qualität unserer Ware, wer 50 Pfg. für Porto und Verpackung einsendet. Bester Wert mehr wie doppelt. Als Probe versenden wir nur 1 Stück. Haupt-Katalog enthält grosse Auswahl in Rasiermessern, Feinzerlegeln, Haarmaschinen, Taschen-Tafelmessern und Gabeln, Damast-Haare- und Schneidrasiermesser, Neben- oder kleine- oder Wiegemaschinen, Uhren, Uhr- und Malsketten, Broschen, Ringe, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuss- und Stichwaffen, Musik-Instrumente, Schmuck- und Haushaltungsartikel, Kinderspielwaren und Christbaumschmuck etc. etc. versenden wir gratis und franko ohne Kaufzwang.
Versandhaus Gebrüder Bell, Gräfrath a. d. Solingen Stahlfabrik gegründet 1854.

Der Gewerksverein
Jahrgang 1905
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken 3.50, sonst 6 Mk. NB Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O.,
Greifswalderstr. 221/22.
Oeldsendungen
an den Verbandskassier
R. Klein,
... Berlin N.O., ...
Greifswalderstr. 221/22.

Fagen i. B. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder des Gewerksvereins erhalten freies Abendbrot, Nachkloß und Frühstück. Karten beim Genossen Hermann Samberg, Böttchstr. 18. (Arbeitsnachweis beifügen.)
Madeberg (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Reiseunterstützung im Betrage von 50 Pfg. beim Kollegen Oskar Genz, Friedrichstr. 28, Sindenhof.
Neufels a. O. (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. bei H. Reimert, Friedrichstr. 26.
Wülheim (Wühr) (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Beihilfe-Unterstützung beim Kollegen Heinrich Roth, Charlottenstr. 86.